

# VORWÄRTS

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN  
Nr. 29 1991 Preis 7.- Solidaritätspreis 10.

# STOPPT den Mietenwucher!

**MIETPREISE EXPLODIEREN!** Vor wenigen Jahren noch unvorstellbare Preise - 130, 140 öS pro m<sup>2</sup> für Wohnungen in nicht einmal guter Lage werden heute verlangt und bezahlt. Hauptsache man hat eine Wohnung gefunden. Seit den 80er Jahren verdienen Spekulanten und Hauseigentümer äußerst gut an den Mietern.

Die SPÖ-Wien plant, jedes Jahr 6.000 Wohnungen zu bauen. Zu wenig. Gebraucht werden mindestens 10-20.000 neue Wohnungen pro Jahr. Die privaten Haus- und Grundbesitzer versuchen, mit Spekulation und allen möglichen Tricks, aus uns Geld herauszupressen. Mit befristeten Mietverträgen und Ablöseswucher! Tausende Wohnungen stehen leer. Oder die Hauseigentümer verkaufen die Wohnungen an Verwandte und scheffeln dann mit befristeten Mietverträgen Unsummen. Außerdem wird der gesetzliche Mieterschutz unterlaufen.



Deshalb: Fixe Mietzinsobergrenzen! Ausbau des Mieterschutzes! Verstaatlichung der großen Baufirmen! Enteignung der Haus- und Grundbesitzer sowie Spekulanten! Überführung in Gemeineigentum unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung! Recht auf Wohnen durch sozialen Wohnbau kann nur durch die Arbeiterparteien und Gewerkschaften

durchgesetzt werden. Ein Geschäftemachen mit Wohnungen ist durch nichts zu rechtfertigen - das erfordert radikale Maßnahmen!

Sonja Grusch SJ 23

| INHALT:                        |         |
|--------------------------------|---------|
| ÖGB.....                       | Seite 2 |
| Lehrerkampf.....               | 3       |
| Ausländer.....                 | 3       |
| Abtreibung.....                | 4       |
| Gift im Essen.....             | 5       |
| Jugoslawien.....               | 6       |
| Schulsprecher Direktwahl.....  | 7       |
| Flex.....                      | 7       |
| Weltlage.....                  | 8       |
| profil-Streik.....             | 10      |
| Budget.....                    | 11      |
| Pflegenotstand.....            | 11      |
| Deutschland nach der Wahl..... | 12      |
| Rumänien.....                  | 13      |
| Kampffond.....                 | 13      |
| SJ-NÖ: Lehrlingsprojekt.....   | 14      |
| Polizei.....                   | 15      |
| EUR.....                       | 15      |
| Was wir wollen.....            | 16      |

## ÖGB in die Offensive

In einer erstmals geheimen Abstimmung wurde Verzetnitsch am ÖGB-Kongress im Oktober 91 mit 96% der Stimmen als Präsident bestätigt. Und was verspricht der Präsident: Den Generalkollektivvertrag zur 35-Stunden-Woche für 1992. Durchsetzung des 10.000,- öS Mindestlohns für noch 180.000 Arbeiter/innen. Falls die Unternehmer nicht über die Arbeitszeitverkürzung reden wollen, sei "die Sozialpartnerschaft am Ende", so Verzetnitsch.

Ende Oktober gehen die Verhandlungen zwischen Metallergewerkschaft und Arbeitgebern in die 2.Runde. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der KV-Löhne um 9%, der Ist-Löhne um 7%. Keine umwerfende Verbesserung angesichts der hohen Unternehmerprofite. Aber die Unternehmer bieten nur 3,3% bzw. 2,8%! Unter der Hand rechnen Gewerkschafter mit ca. 5%. Diese Erhöhung wird kaum die gestiegenen Mieten und Lebenshaltungskosten abdecken.

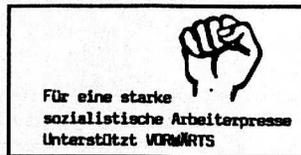
Ende November sind Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst. Nach den kläglichen Gehaltserhöhungen für Polizisten und Lehrer wird die Gewerkschaft und besonders die Sozialdemokratische Fraktion an Unterstützung verlieren. Gerade im Polizeibereich wird die FPÖ versuchen, Stimmen zu ködern. Im Gesundheitsbereich fühlen sich große Teile des Pflegepersonals von der Gewerkschaft im Stich gelassen und ein SPÖ-Stadtrat läßt sie mit ihren Forderungen abblitzen. Für die FSG gilt: Es geht darum, die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten und sozialistische Perspektiven aufzustellen. Wir sind keine Verwalter des Systems, sondern wollen Verbesserungen durchsetzen. Das heißt einerseits in den Verhandlungen über Löhne und Gehälter hart bleiben und Kampfmaßnahmen wie Streiks und Betriebsbesetzungen konsequent durchführen. Andererseits hat der ÖGB die Verantwort-



**MITGESTALTER  
DER ZUKUNFT**

und der Regierung. Über alle Verhandlungen müssen die Mitglieder voll informiert werden. Der ÖGB soll sich nicht für das Wohl von Österreichs Unternehmer einsetzen, sondern für die Arbeitnehmer. Dementsprechend fordern wir ein NEIN zum EG-Betritt! Vielmehr eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaft z.B. in länderübergreifenden Streikbewegungen. Die Betriebsräte in den Unternehmen brauchen eine starke Rücken- deckung in den Gewerkschaften. Deshalb mehr Geld und Gewerkschafter für Werbung, Organisation für Gewerkschaftsgruppen und Schulungen bereitstellen. Wenn der ÖGB eine kämpferische Politik verfolgen würde, hätte er den Arbeitenden auch etwas zu sagen. Für den ÖGB gilt wie für die SPÖ: Nur mit einer sozialistischen Politik wird das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung gewonnen werden!

Die Redaktion (November 1991)



Sicher sind auch Dir ähnliche Zustände aufgefallen, wie sie in unseren Artikeln beschrieben sind, und Du findest es wichtig, daß auch andere davon erfahren. Oder bist Du mit etwas, das wir geschrieben haben, nicht einverstanden und möchtest dazu etwas bemerken? In all diesen Fällen schreib bitte an:

**VORWÄRTS**  
Postfach 2  
1082 Wien

und der Regierung. Über alle Verhandlungen müssen die Mitglieder voll informiert werden.

Der ÖGB soll sich nicht für das Wohl von Österreichs Unternehmer einsetzen, sondern für die Arbeitnehmer. Dementsprechend fordern wir ein NEIN zum EG-Betritt! Vielmehr eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaft z.B. in länderübergreifenden Streikbewegungen.

Die Betriebsräte in den Unternehmen brauchen eine starke Rücken- deckung in den Gewerkschaften. Deshalb mehr Geld und Gewerkschafter für Werbung, Organisation für Gewerkschaftsgruppen und Schulungen bereitstellen. Wenn der ÖGB eine kämpferische Politik verfolgen würde, hätte er den Arbeitenden auch etwas zu sagen. Für den ÖGB gilt wie für die SPÖ: Nur mit einer sozialistischen Politik wird das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung gewonnen werden!

Die Redaktion (November 1991)

### WIR TREFFEN UNS:

**SJ 5:**

Gruppe Furke: jeden Mittwoch

19 Uhr 5, Grünwaldg.4

Linke Aktions Gruppe:

jeden Dienstag

19 Uhr 6, Wallg.4

**SJ 20:**

Gruppe SA3: jeden Mittwoch

19 Uhr 20, Wehlistr.20/28

Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)

**SJ 23:**

Gruppe Offensiv: jeden Dienstag

19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

### IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

e.V. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien

Druck: A.Riegelnik

Piaristeng.19 1080 Wien

Erscheinungsort: Wien

Hergestellt aus Recycling-Papier

## Lehrervertreter: Nichtgenügend

**Beamtenstaatssekretär Kostelka meinte: Die Forderungen der Pflichtschullehrer wären ohne Augenmaß.**

Die Forderungen der akademischen Lehrer (L1) waren dies vor einigen Jahren hingegen nicht. Ihnen gestand man 1985 eine 7,5% Gehaltserhöhung zu. Damit begann die Ungerechtigkeit. Vor dieser außertourlichen Erhöhung lag die Gehaltsspanne zwischen L1 und L2 (Lehrer an Pflicht-, Berufs- und Berufsbildenden Schulen) bei etwa 7,5%. Seit 1985 bei ca. 15%. Auf Grund der überaus hohen Anforderungen, denen die Pflichtschullehrer durch vollkommen überfüllte Klassen, den höheren Anteil nicht-deutschsprachiger Kinder usw. ausgesetzt sind, ist diese Besoldungsdifferenz laut Lehrergewerkschaft untragbar. Es ist weiters nicht einzusehen, daß die Lehrer, die die größte Verantwortung bei der Erziehung junger Menschen haben, weniger verdienen sollten, als solche, die oft bereits mit erwachsenen Menschen arbeiten.

### Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft

Bereits am 20.Juni dieses Jahres rief die Gewerkschaft zu einem Streik aller Pflichtschullehrer auf. Für 450.000 Schüler entfiel an diesem Tag der Unterricht. Auch die von der Forderung der Pflichtschullehrer nicht betroffenen L1-Lehrer beteiligten sich zahlreich an dem Streik -insgesamt führten 85.000 Lehrer die gewerkschaftliche Protestmaßnahme durch. Die Fronten zwischen Lehrergewerkschaft und Kostelka verhärteten sich jedoch weiter. Für den Schulbeginn im Herbst wurden deshalb weitere Maßnahmen angekündigt: Dienst nach Vorschrift. Freiwillige Nebenleistungen wie Schulmilch, Schallplattenklub, Theater der Jugend usw. sollten entfallen. Anstatt die Forderungen zu unterstützen und sich mit den Lehrern zu solidarisierten, protestierten die Eltern-

vereine auf das Schärfste gegen diese Maßnahmen. Anfang August machte Kostelka einen mit der Bundesregierung abgesprochenen Kompromißvorschlag an die Gewerkschaft öffentlicher Dienst Bundessektion Lehrer. Das Angebot sollte eine Gehaltserhöhung für die Pflichtschullehrer um 300 Millionen Schilling pro Jahr zum Ausgleich für besondere Erschwernisse sein. Das würde bedeuten, daß der einzelne Lehrergehalt nur um 300 Schilling pro Monat höher wäre als vorher und die alte Lohnspanne in keiner Weise wieder hergestellt wäre. So weit kam es letztendlich aber gar nicht, denn Tags darauf erklärte Finanzminister Lacina (ein Mitglied der Bundesregierung) das Angebot für unmöglich, da das Budgetziel damit nicht eingehalten werden könne. Natürlich schaltete sich auch die ÖVP sofort ein und forderte Bundeskanzler Vranitzky auf, für mehr Koordination innerhalb der SP-Reihen zu sorgen. Der Vorsitzende der Bundessektion Pflichtschullehrer meinte dazu weiters: "Die Frage ob Lacina noch Mitglied der Bundesregierung ist, drängt sich bei diesem sommerlichen Kabarett auf." Zu Beginn des Schuljahres machten die Lehrer ihre Drohungen auch wahr und stellten alle freiwilligen Nebenleistungen ein, was zu weiteren Protesten der Elternvereine führte.

### Gewerkschaft gibt nach

Nach langen Verhandlungen zwischen Lacina, Kostelka und der Gewerkschaft, akzeptierte diese auch die Einwände Lacinas bezüglich des Budgetziels für 1992 und setzte vorerst alle Protestmaßnahmen ab, was nun innergewerkschaftliche Proteste zur Folge hat.

Die Gewerkschaftsführung hat zurückgesteckt und ihre aktiven Mitglieder verärgert. Mit diesem Fall wäre es wieder einmal bewiesen, welche Auswirkungen es für die Arbeitnehmer hat, wenn Gewerkschaften nicht mehr die direkten Interessensvertretungen dieser sind, sondern der verlängerte Arm der Unternehmer bzw. wie in diesem besonderen Fall der Bundesregierung sind.

Die Gewerkschaft braucht eine entschlossene Führung, um solch einen Arbeitskampf erfolgreich zu führen!

Alexander Freil SJ 5 - LAG

In der Grauelpropaganda der FPÖ und ausländerfeindlichen Medien taucht immer wieder das Schreckgespenst des "schwarzen Ausländers" auf. Diese Leute arbeiten angeblich grundsätzlich nichts und konsumieren nur Sozialleistungen. Sieht man sich die Fakten aber an, bleibt von diesem Lügengebäude nichts übrig! In den Topf der Arbeitslosenversicherung bezahlten Ausländer von 1974 bis 1990 einen Überschuß von 5,8 Milliarden ein. Im Jahr 1990 waren es alleine 1,212 Milliarden Schilling. 217.000 ausländischen Arbeitenden, die alle Abgaben bezahlen, stehen 8.300 Ausländer gegenüber, die Arbeitslose beziehen (also nicht einmal 5%). Und auch bei den Pensionisten wiederzuerkennen die Zahlen: den russischen Halderpartian! Von 3,5 Milliarden Pensionzahlungen im Ausland gehen nur 0,757 nach Jugoslawien, 0,13 in die Türkei, aber 1,4 in die BRD.



Lehrerstreik für angemessene Bezahlung

## Vom Kampf um die Abtreibung

Der Kampf um das Recht auf Abtreibung ist der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen!

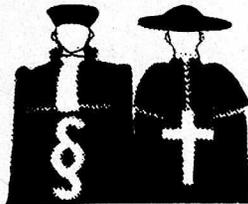
USA: Laut jüngsten Meinungsumfragen halten die meisten US-Bürger Abtreibungen zwar für unmoralisch oder verurteilen sie sogar als Mord, eine Mehrheit glaubt aber auch, jede Frau müsse für sich selbst entscheiden dürfen, ob sie abtreiben will. Während die Gesetze immer restriktiver werden, wächst aber auch der Druck der Abtreibungs-Befürworter.

1973 hatte der Oberste Gerichtshof festgelegt, daß die Entscheidung über eine Abtreibung während der ersten drei Monate allein bei den Schwangeren liege. Sämtliche Staaten mußten damals ihre Gesetze ändern, widerrufen bzw. umformulieren. Im Jahre 1989 aber, als der Oberste Gerichtshof vor allem durch Personalentscheidungen des Präsidenten Reagan immer mehr nach rechts gerückt war, wurden Abtreibungen zwar nicht ausdrücklich verboten; doch wurde den Bundesstaaten die Möglichkeit eingeräumt, Beschränkungen vorzunehmen. Seit damals können Bundesstaaten die Verwendung staatlicher Einrichtungen bei Abtreibungen oder die Mitwirkung öffentlicher Bediensteter an Schwangerschaftsabbrüchen untersagen. Durch diese Einschränkung wurde vielfach armen Frauen die Möglichkeit zur Abtreibung verwehrt, während reichen Frauen weiterhin Privatkliniken für diesen Eingriff offen stehen.

Das schärfste Abtreibungsgesetz wurde u.a. in Guam verabschiedet: Im katholischen Guam sind unter Androhung hoher Strafen - ein Jahr Gefängnis für die Frau, fünf Jahre für den Arzt - Abtreibung selbst nach Vergewaltigung, Inzest und bei Schädigung der Leibesfrucht verboten. Hier ist der Abbruch nur legal, wenn von zwei Ärzten bestätigt wird, daß andernfalls das Leben der Frau in Gefahr ist.

Im Sommer 1992 steht eine grundsätzliche Entscheidung des Obersten

Gerichts über die Rechtmäßigkeit von Abtreibungen an. Bush plädiert für einen Verfassungszusatz, welcher die Abtreibung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ächten soll. In den USA leben 12,6 Mio. von insgesamt 63,7 Mio. Kindern in Armut. 2,2 Mio. Kinder werden vernachlässigt oder mißhandelt oder beides. Von 100 Kindern, die heute geboren werden, haben 15 arbeitslose Eltern, 15 wachsen unter der Armutsgrenze auf und 25 werden Wohlfahrtsempfänger sein, bevor sie erwachsen sind. Der Schutz des geborenen Lebens läßt offensichtlich noch auf sich warten!



**"Für Abtreibung bin ich nur bei meiner Freundin!"**

BRD: Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind heftige Diskussionen über eine Neuregelung der Abtreibung im Gange. Bis dahin galt in der BRD der §218, wonach Abtreibungen in den ersten drei Monaten strafbar sind (und nur in Ausnahmefällen, nämlich bei Gefahr für die Gesundheit der Mutter, Schädigung des Fötus, Vergewaltigung oder schwerer sozialer Notlage). In der DDR war die Abtreibung in den ersten drei Monaten straffrei. Bis zu der für 1992 geplanten einheitlichen Regelung gilt nun das sogenannte "Tatortprinzip", wonach der Ort, an dem der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird, für die Strafbarkeit ausschlaggebend ist. Die konservative Mehrheit im deutschen Bundestag ist sich einig. Die CDU/CSU sind für eine Verschärfung des §218, d.h. Abtreibung soll nur mehr während der ersten drei Monate mit Zwangsberatung und bei Vorliegen medizinischer oder sozialer Gründe erlaubt sein. Bei Behinderung des



erwarteten Kindes oder Vergewaltigung sollen Schwangerschaftsabbrüche jedoch künftig unter Strafe stehen.

Während die SPD sich für die Fristenlösung in der Form, wie sie zur Zeit in Österreich geltendes Recht ist, ausspricht, tritt die FDP für eine Fristenlösung mit Zwangsberatung ein. Die Ursachen für Abtreibungen jedoch sind nicht durch Paragraphen zu bekämpfen. Anhand des Abtreibungsbooms in den fünf neuen Ländern der ehemaligen DDR wird klar, daß Abtreibung vor allem soziale und materielle Hintergründe hat: Seit der Einführung der Marktwirtschaft sind Abtreibungen um ein Vielfaches gestiegen, die Geburtenrate um ca. 50 % gesunken. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Vor allem für Frauen scheint die Zukunft bedrohlich, denn je: Viele sind arbeitslos und sehen die Sozialleistungen wie billige Krippenplätze, kostenlose Kinderfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Kinderessens an Schulen etc. gefährdet. Mieten werden fast unerschwinglich, Grundnahrungsmittel immer teurer.

Die Fristenlösung in Österreich ist auch nur gegen den Widerstand der Konservativen und der Kirche erreicht worden. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gehört zu sozialistischer Politik. Abtreibungen werden wir nur verhindern, wenn wir den Lebensstandard der arbeitenden Menschen heben, den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und wirksame Aufklärung erreichen!

Ulrike Sefelin SJ 3

## Gift im Essen

Kühe auf grünen Wiesen, glückliche Hühner, im Sonnenuntergang wogende Getreidefelder usw. Die Werbung mit ihrem Öko-Schmäh möchte uns glauben machen, daß alles gesund und natürlich ist.

Doch der Schein trügt. Die Nahrung, die wir im allgemeinen zu uns nehmen, ist alles andere als gesund. Besonders Fleisch enthält die meisten Giftstoffe.

Hormonpräparate werden verwendet, um das Gewicht der Tiere zu steigern, was natürlich wiederum den Profit steigert. 1979 gab es in Mailand einen Hormonskandal. Hunderten von Kindergarten- und Schulkindern, besonders Buben wuchsen Brüste durch den "Genuß" von Fleisch von Kälbern, die mit einem krebserregenden Sexualhormon gespritzt worden waren. Und das ist nur ein Beispiel. Fleisch wird "hergestellt" in Massentierzucht mit artfremder, bewegungsarmer Haltung und Einsatz von Chemie. Schon das Zuchtmaterial wird in den Labors internationaler Nahrungsmittelkonzerne so aufgebaut, daß schnelles Wachstum und wenig Fett und Knochen erreicht werden. Durch diese Art der Behandlung sind die Tiere extrem anfällig für Krankheiten. Deshalb werden dem Futter Antibiotika beigemischt. 80% der Schweine müssen zusätzlich noch mit Medikamenten behandelt werden, weil sie an Lungenzündung, Durchfall oder Rotlauf leiden. Nach spätestens sechs Wochen haben die Tiere das Schlachtgewicht erreicht. Aber auch um nur den Schlachthof lebend zu erreichen, müssen sie mit Chemie vollgespritzt werden. Die Tiere sind derart gestreßt durch Chemie und Massenhaltung, daß die meisten einem Herzinfarkt erliegen würden (was das Fleisch für den Verkauf unbrauchbar macht).

Aber auch, wenn man auf Fleisch verzichtet, heißt das noch lange nicht, daß man kein Gift ist. Aufgrund von Nitrat im Salat, Blei im Getreide, Pestiziden im Wasser,...



Obwohl das Lebensmittelgesetz in Österreich eines der strengsten in Europa ist, bedeutet das nicht, daß es auch in der Realität so aussieht. In ganz Österreich gibt es nur 250 Kontrolloren, die sich nicht nur um die Qualität der Lebensmittel kümmern müssen, sondern auch um die Hygiene. Die Qualität der Produkte wird in Qualitätsklassen gemessen. Diese Klassen werden aber nicht z.B. nach dem Giftstoffanteil oder Nährwert berechnet, sondern hauptsächlich nach Größe und Gewicht. Dabei sind Kriterien wie z.B. die Krümmung der Gurke wichtig! (Die Maß nämlich 10 mm auf 10 cm in der obersten Güteklasse betragen.) Die Voraussetzungen für oberste Güteklasse lassen sich wieder nur durch chemische Düngung und hohem Pflanzenschutzmittel erreichen.

Lebensmittelporporte werden abgesehen vom Fleisch - überhaupt nicht kontrolliert. Auf diesem Weg kommen Gemüse nach Österreich, das auf Substrat (Steinwollmatten) wächst und das Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel von Computern gesteuert über ein Schlauchsystem zugeführt bekommt. So sieht die Massenproduktion im "landwirtschaftlichen" Bereich aus! Als Nebeneffekt wird das Abwasser vergiftet und die giftstoffgetränkte Steinwolle muß nach zwei Jahren als Sondermüll entsorgt werden. Auch längst verbo-

tene Gifte kommen zur Anwendung, so z.B. krebserregendes Dieldrin bei Gurken.

Ein weiterer verantwortungsloser Mißstand des Lebensmittelgesetzes ist, daß Höchstwerte für alle Arzneimittel außer Hormonen und Antibiotika in tierischen Produkten fehlen und die Höchstwerte für Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln und im Trinkwasser sind viel zu hoch. Die Höchstwerte werden eher an die tatsächliche Belastung angepaßt, nicht an die tatsächliche Verträglichkeit. Wenn die Qualität der Lebensmittel offensichtlich herabgesetzt ist, wird durch künstliche Geschmacksverstärker versucht, die Auswirkungen der gewinnbringenden Produktion zu verdecken.

Bei einem EG-Beitritt würde sich die Lebensmittelqualität noch verschlechtern. Österreich müßte in noch verstärktem Ausmaß Massenproduktion betreiben. In Österreich stehen 26% der Schweine in Betrieben mit mehr als 200 Tieren. Die EG-Länder halten im Durchschnitt 76,8% der Schweine in Betrieben mit dieser Größe. Den Verantwortlichen geht es nicht um die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt, sondern um den Profit. Internationale Lebensmittelkonzerne, pharmazeutische Industrie, Tierärzte und Viehzüchter arbeiten zusammen, um an diesem giftigen Geschäft zu verdienen.

## YU: Krieg und Chaos

**NUR ARBEITER KÖNNEN DEN KRIEG BEENDEN!**

Im Bürgerkrieg in Jugoslawien gibt es täglich mehr Tote und Verletzte. Die Kämpfe weiten sich aus und der politische Zerfall schreitet immer weiter voran. Mit Bosnien-Herzegowina hat wieder eine Republik die Unabhängigkeit erklärt. Diese Bewegungen resultieren aus der wirtschaftlichen Situation Jugoslawiens.

Die Inflation steigt von Tag zu Tag, ebenso die Arbeitslosigkeit. Streiks für einen Mindestlohn von knapp 3.000,- öS brachten in Serbien mehr als eine halbe Million Arbeiter auf die Straße. Nun spielen die Bürokraten, um ihre Macht zu erhalten, die "nationale Karte" aus. Doch wer sind Milošević, Tudić und Co. wirklich, was sind ihre wahren Ziele? Milošević wurde als "Reformer" zum serbischen Präsidenten gewählt, doch zeigte er schon bald sein eigentliches Gesicht. 1989 ließ er den Aufstand der albanischen Mehrheit im Kosovo auf brutalste Weise niederwalzen. U.a. wurden 6.000 Lehrer durch Serben ersetzt. Auf ähnliche Art und Weise verloren rund 70.000 Albaner im Kosovo ihre Arbeit. Und jetzt versucht er mit Hilfe der serbisch dominierten Bundesarmee, Ölhäfen und andere wichtige wirtschaftliche Stützpunkte in Kroatien und Slowenien zu erobern. Mittlerweile kontrolliert die Bundesarmee ein Drittel des kroatischen Territoriums.

### Nationalismus schafft Probleme

Doch auch mit dem Demokratieverständnis des kroatischen Präsidenten Tudić ist es nicht weit her. Die kroatische KP und andere Oppositionsparteien sind geächtet, was nicht zuletzt Folge der Medienkontrolle durch die christlich-"demokratische" Regierungspartei ist. Tudić, der Tendenzen zu einem autoritären Regime zeigt, bekräftigt immer wieder, daß es für kleine Länder, die aus dem jugosla-

wischen Zerfall entstehen, keine Garantie auf Demokratie gibt. Auch der jugoslawische Gesamtstaat sieht keiner rosigen Zukunft entgegen. Im Staatspräsidium, in dem bis vor kurzem noch jede Republik vertreten war (allerdings mit wievielen Rechten?) sitzen heute de facto nur noch die Serben. Die Staatsschuld ist auf 33% des Bruttoinlandsprodukts angewachsen. Kroatien und Slowenien tragen nichts mehr zum Staatshaushalt bei, während die Staatsbank wiederum die Erteilung von Krediten an diese beiden Staaten verweigert. Immer mehr Arbeiter wandern aus! Für viele ein Grund nach westlicher Hilfe, in welcher Form auch immer, zu rufen.

### Hilfe aus dem Westen?

Doch ist das wirklich eine Lösung? Man muß bedenken, welche Interessen der Westen in Jugoslawien hat. Da wäre z.B. Deutschland, daß ja schon auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gezeigt hat, was man sich unter westlicher "Wirtschaftshilfe" vorstellen muß. Die Privatisierung aller Staatsbetriebe, die die Entlassung eines großen Teils der Belegschaft mit sich führt. Die deutschen und andere westliche Unternehmer sehen in Jugoslawien (bzw. in den Nachfolgestaaten) nur ein Land, in dem billig produziert werden könnte. In der Propaganda wird stets von "den Rechten kleiner Staaten" gesprochen. In der Praxis gelten diese Rechte aber scheinbar nicht für die Schotten und Iren in Großbritannien, die Basken in Spanien etc. Außerdem wäre es den westlichen Staaten wesentlich lieber, einem Jugoslawien gegenüberzustehen - denn welche Republik würde die jugoslawischen Staatsschulden zurückzahlen?

Aber auch die UNO oder die EG sind nicht Unterstützer der Demokratie. Um ihre Interessen durchzusetzen, würde die westliche Großindustrie auch nicht vor einem Ein-

marsch von EG oder UNO Truppen in Jugoslawien zurückschrecken. Wenn es aber darum ginge, Arbeiterbewegungen niederzuschlagen, würden sie genauso mit den stalinistischen Bürokraten zusammenarbeiten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf weder durch stalinistische Bürokraten noch durch westliche Ausbeuter mit Füßen getreten werden. Ein "Selbstbestimmungsrecht" à la Tudić heißt aber nur Unterwerfung unter die Interessen der (ausländischen) Unternehmer. Recht auf Selbstbestimmung muß für alle nationalen Minderheiten (auch der serbischen in Kroatien gelten). Die bisherige stalinistische Unterdrückung ist abzulehnen. Aber die Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien würde zu einer Verschlechterung des Lebensstandards und einer völligen Abhängigkeit führen. Jugoslawien oder die einzelnen Republiken wären keine eigenständige Staaten sondern billige Zulieferer von Rohstoffen und Arbeitskräften für die westliche Industrie.

Der Bürgerkrieg und die wirtschaftliche Situation stoßen keinesfalls auf massive Unterstützung in der Zivilbevölkerung. Die Mütterm demonstrationen zeigen den Widerstand gegen diesen Krieg. Entscheidend wird sein, wann und wie die Arbeiterklasse aktiv wird. Die Arbeiter sind in diesem Krieg auf jeden Fall die Verlierer.

Denn die Lösung liegt weder in einem Großserbien oder Tudić-Kroatien, wo Bürokraten, Kapitalisten und Nationalisten den Ton angeben. Eine Perspektive kann es nur geben, wenn Arbeiter aller Republiken gemeinsame Aktionen gegen diesen Krieg der Herrschenden setzen und ein neues Jugoslawien, das auf Selbstbestimmungsrecht und sozialistischer Demokratie in Wirtschaft und Politik basiert, aufbauen.

Michael Hatvagner SJ 23

## SCHULSPRECHER DIREKTWAHL

Nachdem die Schulsprecher bisher von den Klassensprechern der Oberstufe gewählt wurden, sollte nun die innerschulische Demokratie angehen werden. Statt wie bisher 4% sollten nun 100% ihren Vertreter in der Schule wählen.

### Bericht aus einer Schule

Da das Bundesministerium für Unterricht und Kunst eine offizielle Empfehlung an alle Direktoren ausgesprochen hatte, bereits heuer eine Schulsprecher-Direktwahl durchzuführen, traten der ehemalige Schulsprecher und die Schulsprecherstellvertreterin an unseren heran und baten ihn, eine durchführung zu dürfen. Nach Erteilen der Erlaubnis wurde mit den Vorbereitungen begonnen. Bereits Mitte September wurde allen Schülern der Oberstufe der Schulsprecherdirektwahl-Film der aks (aktion kritische Schüler) gezeigt. Info-Material wurde ausgeteilt, Materialien wie Wahlzettel, Urnen etc. besorgt und der Sinn und Ablauf einer Direktwahl erklärt.

Am Mittwoch, den 9. Oktober, sollte dann die Wahl sein. Als Wahlzentrale hatte der Direktor sein Büro zur Verfügung gestellt. (Wir hatten Glück, wenn wir Hilfe brauchten, zeigte er sich kooperativ, sonst hielt er sich zurück - eher ein Ausnahmefall als die Regel.) In der Früh trafen sich die Wahlhelfer und vier freiwillige Helfer und begannen mit der Organisation.

Das Hearing mit den 4 Kandidaten fand aus Platzgründen auf zweimal statt. Die Wahl selbst fand dann klassenweise statt. Die Wahlhelfer brachten Stimmzettel und Urnen in die Klassen, dort teilten sie der Klassensprecher aus, sammelte die Stimmzettel ein und gab sie in das Kuvert, das er verschloß. Dann holte es der Wahlhelfer ab und brachte es in das Wahlbüro, wo die Anzahl der Stimmen ausgezählt wurde. Es kam zu einer Stichwahl,

da von niemandem die absolute Mehrheit erreicht werden konnte. Alles ging glatt, und so konnten die Klassensprecher am Ende des Schul-



Erst Hearing - Dann Wahl

*aks*

tages die Wahl bestätigen, die sonst noch ungültig gewesen wäre.

Das ganze dauerte zwar einen Tag statt wie bisher eine Stunde. Aber auch wenn die Schüler dabei um Vergil und Vektorrechnung gebracht worden sind, haben sie sicher mehr über Demokratie und Umgang mit Kandidaten gelernt, als in vielen Stunden Theorie.

P.S.: Nicht für die Schule lernen wir, sondern fürs Leben.

Alessandra Melloni

## Zoff ums Flex

Seit August ist das autonome Kulturzentrum FLEX in Wien Meidling Ziel von Angriffen rechtsextremer Jugendlicher. Am Samstag den 7.9. eskalierte der Konflikt.

Das FLEX ist Treffpunkt vieler Jugendlicher verschiedener sozialer Herkunft und bietet außerdem ideale Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (Undergroundkonzerte, politische Veranstaltungen usw.). Daß es Treffpunkt vieler linker Jugendlicher, vor allem Punks ist, ist vielen Anrainern ein Dorn im Auge.

Seit Mitte August treffen sich in der selben Straße 20 Meter weiter rechte Skinheads in einem extra dafür gemieteten Lokal (Holu-Bar). Darunter auch Mitglieder der sogenannten Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) und deren Führer Gottfried Küssel. Die Vermieterin des Lokals (Frau Holuba) machte auch nie einen Hehl daraus, daß ihr die Anwesenheit des FLEX zuwider ist, und daß sie froh über die Anwesenheit der Rechtsextremen ist. In der Nacht vom 7.9. beobachteten einige Flex'ler, wie auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Mädchen von rechten Skinheads zusammengeschlagen wurde. Als sie versuchten, dem Mädchen zu helfen, gingen die Nazis mit Knüppeln auf

sie los; schließlich konnten die Nazis aber mit einer Gaspistole vertrieben werden. Später stürmte die Polizei mit Hilfe der Alarmabteilung das FLEX. Es kam zu vier Verhaftungen, darunter auch das Mädchen, das von den Nazis geschlagen worden war (es soll angeblich ein Skinmädchen verletzt haben). Später in der Nacht griffen die Nazis dann noch einmal an.

Interessant sind bei diesem Vorfall auch die Reaktionen der bürgerlichen, "unabhängigen" Medien. So schrieb z.B. die "Krone", daß vier linke randalierende Jugendliche verhaftet wurden. Daß einer davon der bekannte Soziologe Dr. Erich Dimitz war, schien der "Krone" entgangen zu sein. Im allgemeinen fand es keine Zeitung wert, zu erwähnen, daß die Aggressionen bei allen Konflikten nachweislich von den Nazis ausgegangen waren.

Das FLEX muß zum Glück nicht zusperrern; jeder, der es mit seiner antifaschistischen Grundhaltung ernst meint, sollte für die Erhaltung des Flex sein. Auf jeder politischen Ebene muß etwas gegen den Nazi-Spuk getan werden.

Michael Gehmacher SJ 5

# Schöne neue Welt?

## SOZIALISMUS - Die einzige Lösung

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus jubeln die Kapitalisten und ihre Medien über den angeblichen Sieg der Marktwirtschaft. Doch ihr Geschrei müßte ihnen eigentlich im Hals stecken bleiben, denn die "neue Weltordnung" von Bush & Co ist auf Sand gebaut...

Gerne vergleichen die Bürgerlichen die jetzige Situation mit der Lage nach dem 2. Weltkrieg. Natürlich bedeuten die Ereignisse im Osten eine völlig neue Situation. Doch auch die Rahmenbedingungen im Westen haben sich verändert.

### Nachkriegsaufschwung

Die Zerstörungsgorgie 1939-1945 schuf die Voraussetzungen für den längsten Aufschwung der Geschichte (1950-1975). Es bestand eine enorme Nachfrage an Produkten und gleichzeitig ein großes Potential von gut ausgebildeten Fachkräften, die zu Hungerlöhnen beschäftigt wurden. Auf dieser Grundlage wurden enorme Profite gemacht, die wiederum zu reger Investitionstätigkeit führten. Möglich war das alles aber nur durch die dominierende Rolle der USA ('45 produzierte sie 52% aller Produkte weltweit), die mit ihrem damaligen Reichtum (keine Kriegsschäden,...) die Lokomotive der Weltwirtschaft übernahm. Das US-Kapital setzte den Dollar als Leitwährung durch, senkte die Zollschranken und dirigierte die Weltwirtschaft nach seinen Plänen.

Doch dadurch wurde keiner der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus (die vorher zur

Weltwirtschaftskrise 1929, Faschismus und Krieg geführt haben), gelöst. Einerseits hatten und haben die Unternehmer Interesse daran, möglichst viel zu produzieren (und vor allem abzusetzen), andererseits wollen sie den Arbeitern (die gleichzeitig Konsumenten sind) so niedrige Löhne wie möglich bezahlen. Daß das auf Dauer nicht gut geht, liegt auf der Hand; so kommt es immer wieder zu Überproduktion und Krisen, bei denen gewaltige Ressourcen vernichtet werden. Alle "Tricks", diese Krisen zu verhindern (z.B. durch Schaffung künstlicher Nachfrage - der Staat nimmt Kredite auf und kauft Dinge, die niemand braucht, wie Rüstungsgüter) haben sich als untauglich erwiesen. Auch nach 1945 stieß das System an seine Grenzen. Die Weltwirtschaftskrise 1975 bedeutete einen Wendepunkt. Seitdem wird selbst in Aufschwungszeiten die Produktion nur zu 80-90% ausgelastet; Massenarbeitslosigkeit, soziale Angriffe,.. stehen auf der Tagesordnung. Keiner der folgenden Aufschwünge konnte auch die Folgen dieser ersten Rezession wieder beseitigen. Im Gegenteil, sie wurden durch die zweite Rezession Anfang der 80er weiter verschärft.

### Der jetzige "Aufschwung"

Der "Aufschwung" seit Anfang der 80er ist der labilste und schwächste in der Nachkriegsgeschichte. Bis 1987 betrug das Wachstum gerade 2% jährlich. Doch nicht die Ausdehnung der Produktion (wie 1950-75),

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten: Elend, Hunger und Ausbeutung

sondern andere Faktoren waren für ihn maßgeblich:

1. Die Ausdehnung der staatlichen und privaten Verschuldung, um durch künstliche Nachfrage die Produktion anzukurbeln. Das führte dazu, daß die Wirtschaftsmacht Nr.1 (USA) zur größten Schuldhernation der Erde wurde. Die Staatsverschuldung wurde nun auch in den meisten westlichen Industriestaaten zum bedrohlichen Sprengsatz (siehe z.B. auch österreichisches Defizit).

2. Die Superausbeutung der 3. Welt. In den 80ern wurden weltweit die Rohstoffpreise drastisch gesenkt - das bedeutet Extraprofite für den Westen. Der Anteil Lateinamerikas am Weltsozialprodukt sank im letzten Jahrzehnt von 7,2 auf 4,6%, der Afrikas von 3,7 auf 2,1%. Innerhalb dieser Staaten vergrößerte sich gleichzeitig der "Abstand" zwischen Besitzenden und Besitzlosen. "Schwellenländer" wie Brasilien sanken ins Nichts. Kapitalismus bedeutet(e) für diesen Teil der Welt permanent Wirtschaftskrise und keine Aussicht auf Verbesserung.

3. Die Spekulation hat in den 80ern nie dagewesene Ausmaße angenommen. Durch immer mehr Börsengeschäften konnte ein gewisses Wachstum geschaffen werden. Doch nur ein



Bruchteil dessen, was an Werten gehandelt wird und wurde, hat eine reale Grundlage in der Produktion. Ähnlich einem Gummiband dehnte man tatsächlich Produziertes einerseits und Gehandeltes andererseits auseinander. Bis es riß: Beim Börsenkrach 1987.

Dieser "crash" zeigte, auf was für dünnem Eis sich der Kapitalismus bewegt. Binnen Stunden wurden 1000e Milliarden vernichtet, als ob es sie nie gegeben hätte. Als Folge des Krachs versuchte man die drohende Rezession zu verhindern, doch mit den untauglichen Mitteln die schon in der Vergangenheit versagt haben. So gab es kurz nachher eine gewisse Ausdehnung der Produktion. Kein Wunder, es war ja durch die geringe Investitionstätigkeit vorher Potential dafür vorhanden. Außerdem wurde die Profitrate erhöht durch verschärfte Ausbeutungs- und Umverteilungspolitik (Zunahme der Arbeitsetze, Reallohnverluste wie in den USA von -8% in den 80ern...). Doch spätestens seit Anfang der 90er flacht die Weltkonjunktur wieder ab. Die USA befinden sich bereits in der Rezession (auch Kanada, Australien...). Sie sind absolut nicht mehr in der Lage die Rolle der Weltwirtschaftslokomotive zu spielen. Auch der Golfkrieg kann über ihren Abstieg nicht hinwegtäuschen, vor allem nicht über die 30 Millionen, die im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" unter der Armutsgrenze leben. Alternative zu ihr gibt es real nicht, weil die USA vom Wirtschaftsvolumen so groß sind wie die sechs nächst größten Wirtschaftsnationen zusammen. Japan geht es auch nicht gerade rosig, das Wachstum verlangsamt sich deutlich, die Immobilienpreise sanken z.B. um 30%. Innerhalb der EG befinden sich bereits einige Länder (wie z.B. Großbritannien) in der Krise. Selbst bei der EG-Macht Nr.1, der BRD, sieht's schlecht aus: Der Auslastungsgrad der Industrie fiel von Dezember bis März um 2%, der Schuldendienst ist bereits zweitgrößter Haushaltsposten. Selbst bürgerliche Ökonomen meinen: Eine Rezession 1992 ist durchaus möglich.

### Osteuropa

In Osteuropa sind die als unerschütterlich erscheinenden stalinistischen Diktaturen durch Massenbewegungen wie Kartenhäuser zusammengebrochen. Im Osten gab es zwar kein Privateigentum an Produktionsmitteln und eine Form von Planwirtschaft (wodurch gewaltige wirtschaftliche Fortschritte erzielt wurden). Doch über die gesamte Gesellschaft herrschte eine parasitäre Bürokratie, die alle Poren des immer größer und komplexer werdenden Wirtschaftskörpers verstopfte. Es ist unmöglich, eine moderne Wirtschaft von oben her bürokratisch zu dirigieren. Planwirtschaft braucht Arbeiterdemokratie, um sich zu entwickeln zu können. Doch davon gab es nichts in Osteuropa. Gescheitert ist nicht der Sozialismus, den es nie gab, sondern die Bürokraten, egal ob sie Honecker oder Gorbatschow heißen. Die Massenbewegungen begannen fast alle als Kampf für die Herrschaft der Massen (z.B. DDR). Doch weil starke sozialistische Kräfte fehlten, gewannen vorerst fast überall bürgerliche Kräfte die Oberhand. Die Massen gingen gegen die bürokratische Bevormundung auf die Straße und gewannen enormes Selbstvertrauen. Doch in das entstehende Machtvakuum stießen Demagogen wie Jelzin, Figuren wie Walesa... Doch die ersten kapitalistischen Erfahrungen bedeuten für Osteuropa schlechteren Ausgangssituation als Elend. Die Produktion sank um

10-20%! Die Kapitalisten im Westen weigern sich zu investieren. Anders als nach dem 2. Weltkrieg haben sie weder Geld noch Lust, im potentiellen Krisenherd Osteuropa ihr Geld zu riskieren. Selbst bei absolut günstigen Voraussetzungen (wie BRD/DDR) bedeutet kapitalistische Restauration für die Massen ein Desaster. Im Westen herrscht bereits Überproduktion, es gibt keinen Bedarf nach neuen Produktionsstätten im Osten. Auch staatliche Kredite in erstzunehmenden Ausmaß werden (mangels vorhandenem Geld) dem Osten verweigert, zudem diese Staaten alle hoch verschuldet sind. Wie hier Kaufkraft und neue Märkte für westliche Produkte und dadurch ein Ankerbelegungseffekt für die Weltwirtschaft entstehen soll, bleibt Geheimnis der bürgerlichen Politiker. Vielmehr bedeutet Osteuropa eine gewaltige Gefahrenquelle für den Kapitalismus. Denn wie werden die Arbeiter reagieren, wenn sie dahinterkommen, daß Marktwirtschaft für sie "3. Welt"-Perspektiven bedeuten. Und auch die jetzigen "Demokraten" wie Jelzin werden dann ihr wahres Gesicht zeigen und dem Unmut der Massen mit blutiger Unterdrückung begegnen.

### Ausblick

Wir stehen am Beginn der wichtigsten Umbruchphase seit Ende des 2. Weltkriegs. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer weitaus schlechteren Ausgangssituation als Anfang der 80er. Selbst wenn die



Der Börsenspekulant weint über seine Verluste, aber der Arbeiter verliert seinen Job, wenn der Betrieb pleite macht.

derzeitige Krise kurz ausfällt und nur auf einige Teile der Welt beschränkt bleibt, wäre ein folgender Aufschwung nur von kurzer Dauer. Es wäre ein Aufschwung, bei dem keine der Auswirkungen der Krise behoben werden würde, kein Widerspruch gelöst würde. Es wäre ein Aufschwung "auf Pump". Es ist aber auch eine weltweite tiefe Rezession im Moment möglich. Eines ist jedenfalls ganz sicher: Es wird keinerlei Stabilität mehr geben,

ein langanhaltender Aufschwung ist ausgeschlossen. Die Unternehmer werden in Zukunft noch stärker versuchen, die Auswirkungen ihres Systems auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Kein soziales Recht ist garantiert, keine Sicherheit gewährleistet. Die Arbeiter werden im Westen wie im Osten dagegen anzukämpfen versuchen. Für die 3. Welt bedeutet Kapitalismus sowieso nur Hunger, Tod und Kampf ums Überleben. Diese Perspektiven werden

Marxisten viele Möglichkeiten geben, dem im Moment in den Dreck gezogenen Namen "Sozialismus" wieder reinzuwaschen. Sie müssen bei allen Kämpfen in forderster Front stehen, die Entwicklungen richtig einschätzen und dem kapitalistischen Chaos die Alternative einer weltweiten demokratischen Planwirtschaft entgegensetzen.

John Evers SJ 5

## profil-Streik

### DIE FAKTEN

Am 9. Oktober wurde der längste Streik in der Geschichte Österreichs nach 1945 beendet (13 Tage).

Begonnen hatte es damit, daß es am 12. September 1991 zur Bestellung des Profil-Herausgebers Peter Rabl zum Vorstandsmitglied der ZVB (Zeitschriften Verlagsbeteiligungs Aktiengesellschaft) kam. Diese Eigentums-Gesellschaft von Profil/Trend gehört zu jenem Medienkonzern, der auch "Kurier" und "Krone" herausgibt und somit der größte Medienkonzern Österreichs ist. Die Redakteure sahen in der Doppelfunktion des Herausgebers ihrer Zeitung eine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit und forderten deshalb den Rücktritt Peter Rabls von seinem neuen Amt.

Am 26. September wurde der Streik beschlossen. Am 6. Streiktag verlaublichen die Aufsichtsräte, die Absicht, "profil" und "trend" an die Belegschaft zu verkaufen. Bei dem Treffen mit dem ZVB-Vorstand bot Peter Rabl an, einen längeren Urlaub anzutreten, unter Wahrung seiner Herausgeberkompetenzen. Dieser Plan wurde von der sofort einberufenen Betriebsversammlung abgelehnt, da das Ziel des Streiks, die Rücknahme der Doppelfunktion Rabls damit nicht erreicht worden wäre.

Die Eigentümer verpflichteten sich dazu, die Verkaufsverhandlungen bis Jahresende ausschließlich mit der Belegschaft zu führen. Peter Rabl verzichtete währenddessen auf seine Funktion als profil-

Herausgeber. Dies schien für die Redaktion akzeptabel, und sie beendete nach einer Abstimmung den Streik. Da sich die Belegschaft aber nun bereits nach Fremdbeteiligungen umsieht, wird sie sich fragen müssen, ob sie ihr Streikziel erreicht hat. Ohne Zweifel wird auch der nächste private Eigentümer seine "Eigentumsrechte" geltend machen. Unabhängigkeit? Sissi Jancic SJ 20

### DIE KONZENTRATION

Der Streik um die Doppelfunktion von Peter Rabl als profil-Herausgeber und Eigentümervertreter zeigt wieder ganz deutlich, daß es mit der vielgepriesenen Unabhängigkeit der österreichischen Presse nicht weit her ist.

Das Machtpotential, das die Presse ohne Zweifel besitzt, wird nicht genützt, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu unterstützen, sondern um den Willen der Eigentümer durchzusetzen. Und wer sind diese Eigentümer? U.a. Großkonzerne, Kirche, stockkonservatives Bürgertum. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Kreise nicht um die Probleme der Arbeiter kümmern, sondern ihnen die eigene Geldbörse wichtiger ist.

Bestes Beispiel dafür: Der Krone-Kurier-WAZ-Konzern. Die WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung), durch strenge Kartellgesetze am Kauf deutscher Zeitungen gehindert, erwarb 1988 jeweils 45% von Krone und Kurier. Somit bilden diese Zeitungen den, relativ zur Bevölkerung, größten Medienkonzern der Welt. Mehr als 70% der Österreicher lesen eine Tageszeitung des Kroku-



WAZ-Konzerns. Kaum jemand, der nicht eines seiner Magazine liest (profil, Wochenpresse, Basta, Rennbahn Express,...).

Was die Medienlandschaft betrifft, erweist sich Österreich als Entwicklungsland. Nur in Bangla Desh werden weniger Tageszeitungen aufgelegt als bei uns, nirgendwo ist die Medienkonzentration so extrem. Zwar erkennen die SPÖ-Politiker sehr wohl den Handlungsbedarf, doch keiner wagt es, die mächtigen Konzerne anzugreifen.

Es ist unbedingt notwendig, sofort ein strenges Kartellrecht zu schaffen, das auch eine rückwirkende Auflösung von "Mediengiganten" wie den Kro-Ku-WAZ-Konzern ermöglicht. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: So lange die großen Medienkonzerne (Zeitungen, Magazine oder Fernsehen) in privater Unternehmerhand sind, kann von "Unabhängigkeit" keine Rede sein. Diese vertreten nicht unsere Interessen. Die einzige Alternative ist eine Arbeiterpresse, aufgebaut mit Unterstützung der Gewerkschaften. Wenn wir die großen Medienkonzerne in Staatsigentum, unter Arbeiterverwaltung und -kontrolle, überführen, haben wir den ersten Schritt für eine Presse getan, die unsere Seite, die Seite der Arbeiterschaft vertritt!

Christian Neumaier SJ 5

## BUDGET

Das Budget ist fertig. Den Ausgaben von 632,9 Mrd. stehen Einnahmen von 587,9 Mrd. gegenüber. Bei den monatlichen Budgetverhandlungen gab es ein alles Übertragendes Ziel. Die Neuverschuldung soll 1992 auf 3% des Volkseinkommens eingedämmt werden.

Der bisherigen Politik der Koalition entsprechend ging es nicht etwa um mehr soziale Gerechtigkeit durch Umverteilungsmaßnahmen. Da sich die Regierung die Möglichkeit von Steuererhöhungen, also Maßnahmen auf der Einnahmenseite selbst gewonnen hat, wird jetzt gepart und privatisiert. Die SPÖ-Führung hat wieder einmal kapituliert und sich zu willigen Erfüllungshelfern der Unternehmer gemacht. So können ab Januar private Firmen Führungskräfte einstellen. Das ist aber nur der 1. Schritt. Ab Juli 1993 wird dann privaten Firmen erlaubt, Jobber-Einstellung zu betreiben und mit der Not anderer Geld zu verdienen.

Ein gewisser Teilplan laut fast, welche Bundesstellen privatisiert bzw. in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten müssen. Im 6. und 65. werden Bundesbetriebe privatisiert, um die Budgetlöcher zu stopfen. Statt General am Notstand auszuweichen, sollten die Steuern erhöht werden und zwar für alle Reichsten. Denn mittlerweile ist die Lohnsteuer die einzige Steuer, die schneller als das BIP wächst. Auf den Banken liegen über 100 Mrd. ÖS. Davon gehören die reichsten Fünftel der Betrachter. Diese können sich, ohne einen Finger zu rühren, an den Löhnen "gesund schaden". 1993 betragen die Staatsschulden 80,7 Mrd. ÖS. Davon betragen die Lohnsteuerschulden nur 1,7 Mrd. ÖS. Wir sollten uns bei denen das Geld holen, die sowieso ruval haben, statt "das Lauffeld zum Laufen" einzuparieren, einzusparen und zu privatisieren!

David Ram SJ 23

## PFLEGENOTSTAND

EINE ERFAHRUNG

In den letzten Sommerferien habe ich ein Monat in einem Pensionistenheim auf der Bettenstation gearbeitet.

Das Heim gehört der Caritas, doch ich glaube, daß meine Erfahrungen durchaus Rückschlüsse auf gemeinde-eigene Einrichtungen zulassen. Nach meiner Kenntnis sind die Pensionistenheime der Caritas im allgemeinen besser, aber auch teurer. Neben der für mich grundsätzlich positiven Auseinandersetzung mit dem Altwerden, Sterben und damit verbundenen Erfahrungen sind mir jedoch grobe Mißstände in diesem Bereich der Altersversorgung aufgefallen.

Hauptsächlich problematisch ist die starke physische und psychische Belastung der Arbeitnehmer in diesem Dienst. Die oft zu geringe Zahl der Beschäftigten (diese schwankt stark) führt nicht nur zu vermehrter Überstundenleistung, sondern auch zur Überanspruchung während der Arbeitsstunden, da zuwenig Personal für die Anzahl der Patienten angestellt ist. In der Folge wird die Arbeit auf reine Pflegetätigkeiten reduziert, oft stoßen die alten Menschen auf Ungeduld und unwürdige Behandlung.

Notwendig ist eine individuelle, eingehende und daher zeitaufwendige Betreuung, die auf persönliche

Bedürfnisse, Eigenheiten und Wünsche Rücksicht nimmt. Fehlend ist auch die Motivation und Unterstützung der Patienten durch die Pfleger, alltägliche Tätigkeiten selber auszuführen, was das Abhängigkeitsverhältnis vom Pflegepersonal mindern und das Selbstwertgefühl des Menschen heben würde. Dies ist wohl auf Zeitprobleme und mangelnde Schulung in dieser Richtung zurückzuführen.

Auf den Pflegern der Betten-Station lastet an jedem Arbeitstag (aber auch in der Freizeit kann man sich davon nicht ganz lösen) die Konfrontation mit alten Menschen, deren Gesundheitszustand sich kaum bessert, sondern eher verschlechtert, deren Situation im Heim menschlich unbefriedigend ist, und oft auch mit dem Tod. Dieser psychische Druck sollte durch Verringerung der Wochenstundenanzahl (derzeit mindestens 40, aber oft mehr), mehr Pflegepersonal und angemessene Bezahlung vermindert werden. Dadurch würde sich die Lebens- und Arbeitssituation der Pfleger wesentlich verbessern und in Folge auch das Klima im Heim.

Als Problematik hat sich auch - zumindest in Caritas-Heimen - die hohen Ausländeranteile im Personal aufweisen - die Verständigung zwischen Patient und Pfleger gezeigt. Dies ist durch kostenlose Sprachkurse während der Arbeitszeit zu beheben. So wären in dieser auf zwischenmenschliche Verständigung angewiesenen Arbeit schwerwiegende Sprachprobleme überwinden.

Eine ganz wichtige Forderung ist die Auszahlung von einem angemessenen Pflegegeld. Wenn jemand Angehörige zuhause pflegen will, darf das nicht zu finanziellen Schwierigkeiten führen. Es muß aber für jeden alten Menschen einen Platz in einem Pensionistenheim geben, der für jede/n erschwinglich. Durch ausreichendes Personal kann jede Station im Pensionistenheim auf menschliche Weise geführt werden.

Uli Hiebl SJ 23



Pflegepersonal: Gekämpft wird nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für mehr Personal



# VORWÄRTS

## SPD muß handeln



Wahlen in Bremen - die rechtsradikale Partei "Deutsche Volkunion" (DVU) erzielt einen spektakulären Wahlerfolg mit 6,2% der Wählerstimmen! Währenddessen wird in Villingen Schwennungen die neue Blut und Boden-Partei "Deutsche Liga für Volk und Einheit" gegründet.

Skinheads, Neonazis und sonstige Rechtsradikale "feiern" dies mit zahlreichen Anschlägen auf Asylanten- und Gastarbeiterquartieren. In Hülse am Niederrhein schleuderten ein paar Rechtsradikale Molotow-Cocktails auf das dortige Asylantenheim, dabei wurden zwei libanesischen Mädchen schwer verletzt und mußten mit Brandwunden ins Krankenhaus geflogen werden! Die Flüchtlinge werden durch eine Vielzahl von Attentaten von rechts bedroht.

Man könnte ja meinen, daß nur mehr ältere Leute - die übriggebliebenen Nazis - Parteien wie die DVU wählen. Leider ergab aber eine Umfrage genau das Gegenteil: in Teilen von Bremen haben bis zu 30% der Jugendlichen DVU gewählt! Es kann also nicht davon gesprochen werden, daß von rechts keine Gefahr mehr drohe, da ja nur die übriggebliebenen, alten Nazis solche Parteien wählen.

Diese große Welle von Rechtsradikalität ist eigentlich auch gar nicht überraschend. Denn Parteien wie die NPD oder die DVU haben ein klares Konzept in bezug auf Ausländer und ihre Rechte: "Scheinasylanten sofort raus!" Es herrscht Einigkeit unter den Rechten. NPD und DVU wollen sich sogar im nächsten Wahlkampf für die Wahlen am 5. April 92 in Schleswig-Holstein gegenseitig unterstützen.

Ein wichtiger Grund für den großen Zulauf zu den Rechtsradikalen ist sicher das Versagen der etablierten Parteien. Diese sitzen da und reden bloß vom Handeln. Selbst bei den Bremer Wahlen 1987, als der erste DVU-Abgeordnete ins Stadt-Parlament einzog, sahen die

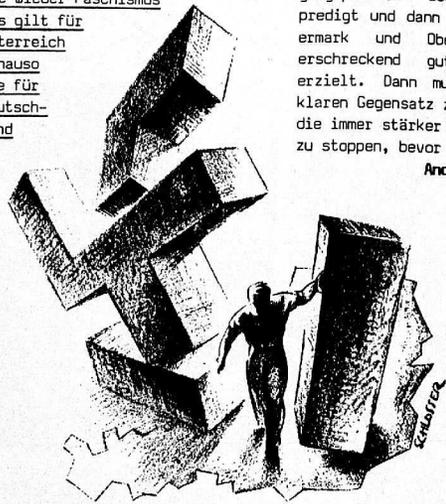
Großparteien zu. Insgeheim hoffen alle, daß dieser Spuk wieder von selbst vorbei geht!

Nun ist auch der Linie aller Parteien nicht zu vertrauen. Beispielsweise sprachen sich sogar die Deutschen Grünen, die sonst so für offene Grenzen geworben haben, nun für Ausländerkontingente aus. Diese Wankelmütigkeit trägt natürlich kaum dazu bei, Vertrauen in eine Partei zu schaffen. Für Jugendliche sind Organisationen nur dann interessant, wenn sie eine klare Politik verfolgen! Unternehmer-Parteien wie CDU oder FDP bieten den jungen Leuten keine Alternative!

Viele stehen vor Arbeitslosigkeit, Drogenproblemen und wissen eigentlich nicht so genau, wie ihre Zukunft aussehen soll. Hier wäre es die Aufgabe der SPD, zu verhindern, daß Jugendliche - frustriert vom ziemlich tristen Alltag, sich nun das Feindbild Ausländer hernehmen und zu den Rechten abwandern!

Die SPD sollte sich endlich

Nie wieder Faschismus  
Das gilt für  
Österreich  
genauso  
wie für  
Deutsch-  
land



bewußt werden, wen sie vertritt bzw. vertreten sollte. Schließlich besteht ihre Basis aus Arbeitnehmern, und einem Arbeiter tut man nun mal nichts gutes, wenn die eigentliche Arbeiterpartei mit der Unternehmerpartei nach und nach packelt! Er verliert dadurch seinen Arbeitsplatz und die Ausländer werden als "Sündenbock" für alle Probleme mißbraucht. Man hetzt den Arbeiter regelrecht gegen andere Arbeiter auf. Er sieht den Feind nicht im Unternehmer! Nein, ihm wird ja tagesin, tagaus gepredigt, daß er nicht in die Hand seines Arbeitgebers beißen soll! Was er sieht, ist die hohe Arbeitslosenrate, tausende Asylsuchende und eine SPD, die scheinbar nicht weiß, wen sie vertritt.

Uns in Österreich gehen die Ereignisse in Deutschland ebenso an! Wenn man sieht, wie sich die Zahl der Skinheads und Hooligans vermehrt. Wie sich Red Brothers und Hools fast täglich Bandenkriege liefern. Wenn ein J. Haider, der zuvor die so "tolle" Beschäftigungspolitik des III. Reiches predigt und dann noch in der Steiermark und Oberösterreich ein erschreckend gutes Wahlergebnis erzielt. Dann muß die SPD einen klaren Gegensatz zur FPÖ bilden, um die immer stärker werdenden Rechten zu stoppen, bevor es zu spät ist!

Andrea Mautner SJ 20

# VORWÄRTS

## RUMÄNIEN: Streik der Bergarbeiter

Ende September streikten wieder die rumänischen Bergarbeiter. Aber nicht nur das - Zehntausende stürmten Bukarest und erzwangen den Rücktritt der Regierung. Sie forderten eine Verbesserung ihrer sozialen Lage, Preisstopp und den Rücktritt von Ministerpräsident Roman.

Die streikenden Arbeiter waren mit Hilfe der Eisenbahner nach Bukarest gekommen, hatten sich bewaffnet und nahezu die ganze Stadt besetzt. Sie wurden zwar von der Bukarester Bevölkerung unterstützt, mußten aber zur Versorgung mit Nahrungsmittel Geschäfte plündern. Die Regierungsgebäude wurden von Panzerfahrzeugen der Armee bewacht. Polizisten und Soldaten gingen mit Knüppeln, Tränengas und Gummigeschoßen gegen die Demonstranten vor, waren aber nicht in der Lage sie zu vertreiben. Bei den Kämpfen gab es Tote und Verletzte.

Die Regierung hätte der Armee befehlen können, die Demonstrationen auch mit Schußwaffen zu beenden, aber das hätte wahrscheinlich Bürgerkrieg und Militärputsch zur Folge gehabt. Um die Situation zu entschärfen ist die Regierung der "Nationalen Rettungsfront" (ehemalige stalinistische Partei Ceausescus) zurückgetreten und hat der Opposition die Regierungsbeteiligung angeboten.

Die derzeitige Wirtschaftssituation Rumäniens ist katastrophal. Die Politik der "Nationalen Rettungsfront" zielt auf die Einführung der Marktwirtschaft; die Reformen sehen Privatisierung und Förderung privater Unternehmen, sowie Öffnung des Marktes für westliches Kapital vor. Den ausländischen Kapitalisten werden billige Arbeitskräfte, niedrige Steuern und freier Gewinntransfer geboten, aber die Bevölkerung ist mit leeren Geschäften, Inflation und permanent steigenden Preisen konfrontiert. Die Inflation beträgt zur Zeit ungefähr 130 % im Jahr. Die Preise vieler Waren sind schon freigegeben worden, Wohnmieten sollen nur



Bergarbeiter stürmen Bukarest

nach bis Jänner nächsten Jahres subventioniert werden. Was danach passiert, wenn die Preise enorm steigen, weiß niemand.

Präsident Iliescu hat den Streikenden zwar die Durchsetzung ihrer Forderungen versprochen, aber die neue Regierung wird die Bevölkerung genauso enttäuschen wie die alte. Denn die Rücknahme der Preisliberalisierung würde jede Reform in Richtung Marktwirtschaft unmöglich machen. Und das würden sich weder

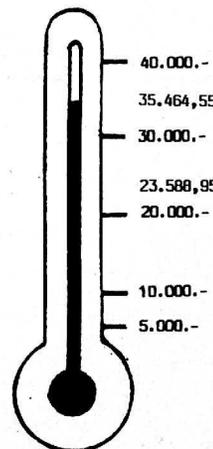
die Bürokraten in Bukarest noch die westlichen Kapitalisten gefallen lassen.

Die rumänischen Oppositionsparteien haben die Bergarbeiter zwar unterstützt, in ihnen aber nur ein Mittel zum Sturz der Regierung der "Nationalen Rettungsfront" gesehen. Wenn sie an die Macht kämen, hätte das einen noch schnelleren Übergang zum Kapitalismus zur Folge. Und das würde eine weitere Senkung des Lebensstandards, enorme Preissteigerungen und weiterhin leere Geschäfte bedeuten.

Die einzige Chance der Arbeiter besteht im Aufbau eigener schlagkräftiger Organisationen (wie Gewerkschaften) und von Organen der demokratischen Selbstverwaltung. Den marktwirtschaftlichen Reformen und Kapitalismus können die Wirtschaft nicht retten. Nur ein sozialistisches Programm kann Rumänien sowie ganz Osteuropa aus der Krise führen.

Katja Arthofer SJ 23

## KAMPFOND



**Spendenkonto**  
**PSK 8812.733**

40.000,- bis Ende 1991 ist unser Ziel und 35.464,55- haben wir bereits erreicht. Möglich geworden ist dieser "Etappensieg" nur durch die Unterstützung, die **VORWÄRTS** in den letzten beiden Monaten erhielt. **VORWÄRTS**-Unterstützer aus verschiedenen SJ-Bezirken erzielten hervorragende Verkaufsergebnisse und Spendenergebnisse auf wöchentlich stattfindenden Infotischen, die im Rahmen des Wahlkampfes durchgeführt wurden. Regelmäßiger Zeitungsverkauf auf der Straße und bei Veranstaltungen trugen auch dazu bei. Wie immer ein Beispiel für Einzelpendant Alex Dinohel 300,-, Vizebürgermeister Hans Mayr, SPD Wien 100,-. Da uns Geräte (Computer) kaufen zu können, müssen alle unsere Anstrengungen bis Jahresende verstärkt werden. Die vorangegangenen Monate haben gezeigt, daß wir unser Ziel mit eurer Unterstützung erreichen können! Die Redaktion

## Lehrjahre statt leere Jahre



Die SJ-NÖ hat für den Herbst das Projekt "Lehrjahre statt leere Jahre" vorbereitet. Mißstände in den Berufsschulen und Betrieben, mangelnde Ausbildung, Benachteiligung gegenüber den SchülerInnen der AHS und BHMS müssen aufgezeigt werden. Die SJ-NÖ will mit einer Fülle an Forderungen im Lehrlingsbereich für die Rechte der Lehrlinge eintreten.

Facharbeit hat Zukunft! Das ist eine weitverbreitete, und durch Werbung noch geförderte, Meinung. Die Realität schaut aber anders aus, da die Lehrlingsausbildung unzureichend ist. Das Berufsausbildungsgesetz (BAG), von 1969 bzw. 1978 ist in vielen Bereichen veraltet und muß dringend überarbeitet werden.

### Berufsschule

Die Berufsschule sollte einen wesentlichen Teil der Ausbildung übernehmen, doch sind von den 52 Wochen pro Jahr nur 8-10 für die schulische Ausbildung vorgesehen. Eine Studie des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) sieht eine Änderung der Arbeitswelt, eine Umstrukturierung bedingt durch technische Entwicklungen voraus: Es werden weniger Arbeitskräfte im Produktionsbereich nötig. Es gibt anhaltenden Bedarf bei Montage, Wartung und öffentlichen Dienst und vermehrten Bedarf bei technischen Fachkräften. Es wird daher ein neues Arbeitsfeld für Facharbeiter entstehen, die breite fachliche Grundbildung und vielseitige Qualifikationen besitzen. Das Ausbildungssystem hinkt allerdings dieser Entwicklung hinterher. Der Unternehmer sieht meist nur, daß er im Lehrling drei Jahre lang eine billige Arbeitskraft hat. Er hat kein Interesse an einer guten Ausbildung. Dann wundert sich der Unternehmer, daß er keine qualifizierten Facharbeiter bekommen kann - so entsteht der vielzitierte Facharbeitermangel.

Daher muß der Ausbildungsplan überarbeitet werden: Die Berufsschulzeit muß verlängert werden und die Ausbildung muß sich an den Interessen der Lehrlinge und nicht der Unternehmer orientieren. Die Berufsinhalte müssen neugestaltet werden - wie z.B. Übergreifende, berufliche Grundbildung, praxisbezogene Ausbildung und eine Verbesserung der allgemeinen Bildung.

### Flächenberufe - Fachmatura

Da für den Lehrling in den meisten Fällen nur ein Beruf erlernbar ist, ist es notwendig, die aufgesplitteten Berufe zu wenigen Flächenberufen zusammenzufassen. Das hätte den Vorteil, daß sich die Zahl der Berufe verringern würde; es in Zukunft keine Spezialisten, die bei der Arbeitssuche keinen Erfolg haben, gibt, sondern allgemein ausgebildete und komplex denkende FacharbeiterInnen. Eine weitere Forderung ist es, den Lehrabschluss mit einer Fachmatura zu kombinieren und dadurch eine Hochschulbildung ohne Studienberechtigungsprüfung (schwieriger als Matura) zu ermöglichen.

Daher muß die Möglichkeit für Flächenberufe geschaffen werden. Um den Lehrlingen/Facharbeitern den Zugang zur Universität nicht unnötig zu erschweren, muß ein Lehrabschluss eingeführt werden, der zum Universitätsstudium berechtigt.

### Wirtschaftliche Interessen

Um die bestmögliche Ausbildung für den Lehrling zu garantieren, müssen die Betriebe auf Einhaltung des Lehrlingsschutzes kontrolliert werden. Oft werden Lehrlinge durch ausbildungsfremde Tätigkeiten zu billigen Hilfskräften! Weiters wird auch pädagogische Schulung für die Auszubildenden gefordert.

Daher muß die Ausbildung des Lehrlings im Betrieb ständig kontrolliert und bei Nichtdurchführung bestraft werden. Da der Unternehmer grundsätzlich an einer guten Aus-

bildung nicht wirklich interessiert ist (der Profit ist am wichtigsten), muß die Ausbildung aus Unternehmerhand genommen und in Lehrwerkstätten unter der Kontrolle der Gewerkschaft durchgeführt werden.

### Bezahlung

Der Lehrling erhält für seine Arbeit, die für den Betrieb genauso wichtig ist wie die von "Ausgelernten", eine wirklich miserable Bezahlung. Zusätzlich darf er sich noch "Nebenkosten", wie Fahr-scheine, die die SchülerInnen umsonst bzw. stark verbilligt bekommen, selbst zahlen.

Daher muß die "Lehrlingsentschädigung" drastisch erhöht und auch den Lehrlingen die Freifahrten auf öffentlichen Verkehrsmitteln zugänglich gemacht werden.

Dieses Projekt der SJ-NÖ greift ein äußerst wichtiges Thema auf und kann zu einer Stärkung der SJ bei den Lehrlingen führen. Es wird Informationsmaterial produziert, mehrere Aktionstage vor Berufsschulen, eine Pressekonferenz und mehrerer Veranstaltungen zum Thema "Lehrlingssituation" durchgeführt. Aber die Forderungen der SJ-Niederösterreich gehen oft nicht weit genug, das System wird nicht grundsätzlich kritisiert. Ohne Zweifel müssen wir die Verbesserung der Situation der Lehrlinge in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir dürfen uns nicht scheuen, radikale Forderungen zu stellen. Mit Kosmetik ist uns nicht gedient.

Susanna Stolk SJ-Wiener Neudorf

P.S. Wenn Du Dich für diese Aktion der SJ interessierst, kannst Du bei uns Informationen anfordern.

## Besondere Dienstzulage

"Seit dem 24. September 1991 haben wir uns immer wieder die Frage gestellt: Warum haben wir diese Vereinbarung unterschrieben? Wir dürfen Ihnen versichern, daß sich seither wohl niemand diese Frage öfter gestellt hat als wir selbst. Wir wollen auch nicht lange herumreden und Ausflüchte suchen, sondern eingestehen: Es war ein Fehler!"

Soweit ein Originalzitat aus einem Rundschreiben der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter an alle Exekutivbeamten (Polizei, Gendarmerie, Zoll- und Justizbeamte).

Bereits 1990 stellte die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst die Forderung nach einer "besonderen Dienstzulage" von öS 5.000 auf. Diese Forderung wurde als unverrückbar dargestellt, ansonsten würde gestreikt.

Derzeit bekommt ein Streifenpolizist nach 5 Dienstjahren ein Grundgehalt von weniger als 10.000 Schilling brutto, mit allen Zulagen (Gefahren-, Nachtdienst- und Feiertagszulage) ca. 13.000 Schilling netto. Daß die Exekutivbeamten ziemlich geschlossen hinter der Forderung der Gewerkschaft standen, zeigt die Teilnahme von ca. 17.000 "Kiebernern" am Schweigemarsch für einen verunglückten Polizisten, der lt. Gewerkschaft ein Muskelspiel für weitere Kampfmaßnahmen darstellen sollte.

Die Personalvertreter drohten mit dem Austritt aus dem ÖGB und der Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft der Exekutive, sollte die Forderung nicht durchgehen. Am 24.9. stimmten die Verhandler dann dem Angebot der Bundesregierung (öS 400,- mit 1.7.92, öS 400,- mit 1.1.93) zu, die Kampfmaßnahmen blieben leere Drohungen.

Nachdem die Forderung nicht einmal ansatzweise durchgebracht worden war, traten allein in Wien über 1000 Polizisten aus der Gewerkschaft aus (ca. 1/5 der Gewerkschaftsmitglieder), weshalb die

sozialdemokratischen Gewerkschafter oben zitierten Brief verfaßten. Jörg Haider stellte sich plötzlich voll hinter die Forderung der Exekutive nach mehr Gehalt, "damit Wien nicht Chicago wird", und bekommt durch das Versagen der Gewerkschaft die Chance, im Polizeiapparat Fuß zu fassen. Daß bei den kommenden Personalvertretungswahlen ein großer Teil der Polizisten auf die rechte Polemik des HJ hereinfallen wird, ist jedenfalls zu erwarten: Die FPÖ fordert neben mehr Gehalt eine bessere Ausrüstung und mehr Möglichkeiten, gegen "ungemütliche" Elemente (Ausländer, Linke) durchzugreifen zu können.



Das ist die Polizei der Mächtigen "Freund und Helfer"?

Gerade ein autoritär strukturierter Apparat wie die Polizei ist besonders anfällig für rechtes und rechtsradikales Gedankengut (siehe Republikaner in der BRD). Durch ihre Kapitulation ebnet die sozialistischen Gewerkschafter der FPÖ den Weg in den Exekutive.

Die Polizei spielt im jetzigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem naturgemäß die Rolle des Verteidigers der derzeit Mächtigen. Das ist ihre eigentliche Rolle, im Sinne der Herrschenden und nicht die Regelung des Straßenverkehrs. Die Bürgerlichen versuchen nun alles zu tun um einen noch straffer organisierten, von der Gesellschaft noch abgehobeneren Polizeiapparat zu forcieren. Z.B. Spezialeinheiten die

in Rambo-Manier durch die Gegend hüpfen, stehen da ganz oben auf der Wunschliste. Daß solche Teile des Apparats besonders gut gegen Linke, streikende Arbeiter (siehe Großbritannien) eingesetzt werden können, liegt auf der Hand. Natürlich besteht ein Unterschied zwischen Stapo, Cobra.. und den "normalen Steifenpolizisten", die oftmals aus purstem (und schnell enttäuschem) Idealismus zur Polizei gingen.

Die Aufgabe der sozialistischen Gewerkschafter muß sein, für diese ein angemessenes Gehalt, vernünftige Arbeitszeiten (kein 12-Stunden-Nachtdienst mit anschließenden, oft tagelangen Überstunden), volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte zu erkämpfen (z.B. Streikrecht). Sie muß für die Auflösung der Spezialeinheiten, des hierarchischen Apparats und aller Geheimdienste kämpfen. Für uns Sozialisten kann die Lösung nur in einem, von der Bevölkerung auf kommunaler Ebene demokratisch gewählten Sicherheitsdienst liegen.

Eine derartige Gewerkschaftspolitik könnte verhindern, daß sich (wie in Großbritannien) ein isolierter, radikalisierte Polizeiapparat heraubildet. So gab es z.B. beim britischen Bergarbeiterstreik 1984/85 mehrere Tote, die auf das Konto der isolierten, radikalisierten Spezialtruppen der Polizei gingen.

Die SPÖ und der ÖGB können und müssen eine derartige Entwicklung verhindern! Andrea Koch SJ 5

"Nur Sieger gibt es beim EMU" sagte Schüssel. Sicherheit richtig bei den Leuten, die der schwarze Ladenschlußküller vertritt. Von nun an können die Unternehmer noch grenzenloser als bisher Umwelt und Arbeiter ausbeuten. Ganz nebenbei wurden einfach 60% des EG-Rechts übernommen. Doch auf die werden wir von einer Pro-EG-Propagandawelle, die sich Aufklärung nennt, noch "vorbereitet" werden. Damit man die Verlierer im EG-Europas der Konzerne (30 Millionen Arbeitslose, Arbeiter, Bauern...) nicht gar so deutlich sieht.

# VORWÄRTS

## WAS WIR WOLLEN

### LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

### BILDUNG

\* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

### UMVERTEILUNG

\* Für die Einführung der gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

\* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitende Bevölkerung!

\* Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Lohn und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technischen Fortschritt!

### UMWELTSCHUTZ

\* Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplätzeabbau und Fabrikstillegungen -entschädigungslose Überführung in Staatseigentum!

### VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

\* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Verstaatlichten Industrie!

\* Keine Privatisierung der Verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

\* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

### FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

\* Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungs-

mehrheit, nicht nach den Profiten!

\* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

\* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!



**Spendenkonto  
PSK 8812.733**

Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen

Name

Anschrift



Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- öS
- 10 Ausgaben zu 100,- öS
- ein VORWÄRTS-Förderabo
- zu öS ... beziehen
- (ab 50,- öS)
- Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-)

Einsenden an:  
VORWÄRTS zur sozialistischen  
Demokratie e.V.  
Postfach 2, A-1082 Wien